

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis .....	XXVII

## 1. Kapitel. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts

I. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts .....	1
1. Der Begriff der Strafe .....	1
a) Die öffentlich-rechtliche Natur der Strafe .....	1
b) Die repressive Natur der Strafe .....	3
2. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen .....	4
a) Die Abgrenzung zu den Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts .....	4
b) Die Abgrenzung zu den Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsmitteln und prozessualen Zwangsmitteln .....	6
II. Das strafrechtliche Regelungssystem .....	7
1. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts .....	8
2. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts .....	9
3. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts .....	9
III. Europäisches und Internationales Strafrecht .....	10
1. Europäisches Strafrecht .....	10
2. Völkerstrafrecht .....	15

## 2. Kapitel. Der Zweck der Strafe

I. Die traditionellen Straftheorien .....	18
1. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel) .....	18
2. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach) .....	20
3. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt) .....	22
II. Die Theorie positiver Generalprävention .....	24

## 3. Kapitel. Das Schuldprinzip

I. Grundlagen .....	29
II. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip)	30
1. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit .....	31
2. Verantwortlichkeit von Personenverbänden oder Unternehmen? .....	33
III. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff) ...	35
1. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs .....	36
2. Der Begriff des Rechtsguts .....	37
3. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes .....	38
4. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte .....	38
5. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips .....	40
IV. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“)	42

IX

**4. Kapitel. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt**

- I. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“ . . . . . 46
  - 1. Herkunft und Grundgedanke . . . . . 46
  - 2. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips . . . . . 48
    - a) Das Erfordernis eines geschriebenen Gesetzes („lex scripta“) . . . . . 48
    - b) Das Erfordernis eines hinreichend bestimmten Gesetzes („lex certa“) 49
      - aa) Grund und Grenzen der Bestimmtheit . . . . . 49
      - bb) Die Relativierung des Bestimmtheitsgebots durch  
Rechtsprechung und Lehre . . . . . 50
      - cc) Die Bestimmtheit der Strafdrohung . . . . . 53
    - c) Das Verbot einer Überschreitung des Gesetzeswortlautes („lex  
stricta“) . . . . . 54
    - d) Das Erfordernis eines zur Zeit der Tat geltenden Gesetzes („lex  
praevia“) . . . . . 57
  - 3. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips . . . . . 59
- II. Der Richtervorbehalt . . . . . 63

**5. Kapitel. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der  
Strafgesetze**

- I. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB) . . . . . 64
  - 1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes . . . . . 64
  - 2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts . . . . . 65
  - 3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung . . 66
- II. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB) . . . . . 66
  - 1. Grundlagen . . . . . 66
  - 2. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene  
Taten . . . . . 69
  - 3. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten . . . . . 69
    - a) Unabhängig vom Recht des Tatorts (§§ 5, 6 StGB, § 1 VStGB) . . . 70
    - b) Geltung für Auslandstaten nach § 7 StGB . . . . . 70
  - 4. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit  
Auslandsberührung . . . . . 71
- III. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht) . . . . 71

**6. Kapitel. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen**

- I. Die Strafen . . . . . 73
  - 1. Die Freiheitsstrafe . . . . . 73
    - a) Die Arten der Freiheitsstrafe . . . . . 73
    - b) Die Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung . . . . . 74
    - c) Die Aussetzung eines Strafrestes zur Bewährung . . . . . 75
  - 2. Die Geldstrafe . . . . . 77
  - 3. Das Fahrverbot . . . . . 78
  - 4. Die Bemessung und Auswahl der Strafen . . . . . 78
- II. Die übrigen Rechtsfolgen . . . . . 81
  - 1. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung . . . . . 81
  - 2. Statusfolgen . . . . . 85
  - 3. Einziehung . . . . . 86

<b>7. Kapitel. Einführung in die allgemeine Straftatlehre</b>	
I. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat . . . . .	89
II. Der Aufbau der Straftat . . . . .	91
III. Die allgemeinen Formen der Straftat . . . . .	93
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte . . . . .	93
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte . . . . .	94
3. Vollendung, Versuch und Vorbereitung . . . . .	95
4. Täterschaft und Teilnahme . . . . .	95
IV. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen . . . . .	96
<b>8. Kapitel. Der Aufbau des Tatbestands</b>	
I. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung . . . . .	98
1. Der Begriff der Handlung . . . . .	98
2. Die Identität der Handlung . . . . .	100
II. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand . . . . .	101
III. Die Merkmale des objektiven Tatbestands . . . . .	103
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte . . . . .	103
2. Weitere Deliktseinteilungen . . . . .	105
IV. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands . . . . .	106
1. Der Tatbestandsvorsatz . . . . .	106
2. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten . . . . .	107
3. Sonstige Beweggründe und sogenannte Gesinnungsmerkmale . . . . .	108
<b>9. Kapitel. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg</b>	
I. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung . . . . .	110
II. Der Begriff der Kausalität . . . . .	111
1. „Ceditio-sine-qua-non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“? . . . . .	111
2. Die alternative Kausalität . . . . .	113
3. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe . . . . .	115
a) Beschreibung und Abgrenzung des Problems . . . . .	115
b) Die Bestimmung der Identität des Erfolgs . . . . .	117
c) Die Behandlung von Reserveursachen und Reservehandlungen . . . . .	119
4. Ergebnis . . . . .	121
III. Die Feststellung der Kausalität . . . . .	123
1. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung . . . . .	123
2. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen . . . . .	124
a) Psychisch vermittelte Kausalität . . . . .	124
b) Statistische Kausalitätsfeststellung . . . . .	124
c) Die Feststellung hypothetischer Kausalverläufe . . . . .	125
<b>10. Kapitel. Die objektive Zurechnung</b>	
I. Begriff und allgemeine Voraussetzungen . . . . .	126
II. Das rechtlich missbilligte Risiko . . . . .	127
1. Der Ausschluss unerheblicher Risiken . . . . .	127
2. Aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubte Risiken . . . . .	127
3. Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken . . . . .	129
4. Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken . . . . .	131

III. Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos . . . . .	133
1. Realisierung unerheblicher Risiken . . . . .	133
2. Realisierung aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubter Risiken . . . . .	134
3. Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken . . . . .	135
4. Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken . .	136
5. Der sogenannte Pflichtwidrigkeitszusammenhang . . . . .	138
IV. Das der Risikobeurteilung zugrunde zu legende Wissen . . . . .	139

## **11. Kapitel. Der Tatbestandsvorsatz**

I. Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen	142
1. Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein . . . . .	142
2. Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt . . . . .	143
3. Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein . . . . .	145
II. Die psychische Struktur des Vorsatzes . . . . .	146
1. Die Vorsatzformen . . . . .	146
a) Die Unterscheidung der verschiedenen Vorsatzformen . . . . .	146
b) Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung verschiedener Vorsatzformen . . . . .	147
2. Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit . . . . .	149
a) Erfordernis eines voluntativen Vorsatzelements? . . . . .	149
b) Notwendigkeit einer qualifizierten Möglichkeitsvorstellung? . . . . .	151
c) Die Feststellung des Vorsatzes . . . . .	151
III. Der Gegenstand des Vorsatzes . . . . .	153
1. Der Begriff des Tatbestandsirrtums . . . . .	153
2. Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“ . . . . .	154
3. Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen . . . . .	155
4. Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen . . . . .	156
IV. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz . . . . .	157
1. Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf . . . . .	158
2. Der Irrtum über das Tatobjekt . . . . .	161
a) Error in persona vel objecto . . . . .	161
b) Die aberratio ictus . . . . .	162
c) Der Wechsel des Tatobjekts während der Tat . . . . .	164

## **12. Kapitel. Die Fahrlässigkeit**

I. Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit . . . . .	165
1. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit . . . . .	165
2. Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung . . . . .	166
3. Zeitpunkt der Erkennbarkeit . . . . .	168
II. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit . . . . .	169
1. Das notwendige Erfahrungswissen . . . . .	169
2. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis . . . . .	170
3. Die notwendige Zeit . . . . .	171
III. Die Formen der Fahrlässigkeit . . . . .	172
1. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit . . . . .	172
2. Die sogenannte bewusste Fahrlässigkeit . . . . .	172

IV. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit . . . . .	173
V. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit . . . . .	174

**13. Kapitel. Überblick über die Rechtfertigungsgründe**

I. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe . . . . .	175
II. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen . . . . .	175
1. Einwilligung . . . . .	175
2. Mutmaßliche Einwilligung . . . . .	177
3. Sorgerecht . . . . .	177
III. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit . . . . .	178
1. Die Amtsrechte . . . . .	178
2. Die Notrechte des Bürgers . . . . .	179
a) Die Notwehr und die Besitzwehr . . . . .	179
b) Der Defensivnotstand . . . . .	179
c) Der Aggressivnotstand . . . . .	180
d) Das Selbsthilferecht . . . . .	181
e) Das Festnahmerecht . . . . .	182

**14. Kapitel. Allgemeine Rechtfertigungslehre**

I. Der Gegenstand der Rechtfertigung . . . . .	184
1. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils . . . . .	184
2. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils . . . . .	185
II. Der Aufbau der Rechtfertigung . . . . .	186
1. Der objektive Erlaubnistatbestand . . . . .	186
a) Der tatsächlich vorliegende Sachverhalt als Grundlage der Beurteilung . . . . .	186
b) Besonderheiten bei den Amtsrechten . . . . .	188
2. Der subjektive Erlaubnistatbestand . . . . .	189
a) Die Kenntnis der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen . . . . .	189
b) Notwendigkeit einer besonderen Rechtfertigungsmotivation? . . . . .	192
III. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand . . . . .	193
1. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände . . . . .	194
2. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände . . . . .	195
a) Begriff und Rechtsfolgen des Erlaubnistatbestandsirrtums . . . . .	195
b) Die Abgrenzung zum Erlaubnisirrtum . . . . .	197
IV. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt . . . . .	199
1. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen . . . . .	199
2. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung . . . . .	200

**15. Kapitel. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung**

I. Das tatbestandsausschließende Einverständnis . . . . .	202
II. Die Einwilligung . . . . .	202
1. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen . . . . .	203
a) Rechtsnatur und Zeitpunkt . . . . .	203
b) Einwilligungsfähigkeit . . . . .	204

c) Inhalt der Einwilligungentscheidung . . . . .	205
d) Die Bedeutung von Irrtümern . . . . .	207
e) Die Bedeutung von Zwang . . . . .	209
2. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen . . . . .	210
a) Die Beschränkung auf Individualrechtsgüter . . . . .	210
b) Die Beschränkungen bei Leben und körperlicher Unversehrtheit . .	211
III. Die mutmaßliche Einwilligung . . . . .	214
IV. Die sogenannte hypothetische Einwilligung . . . . .	215

## **16. Kapitel. Notwehr und Notwehrexzess**

I. Die Notwehr . . . . .	218
1. Überblick und Grundgedanke . . . . .	218
2. Die Notwehrlage . . . . .	219
a) Der Angriff . . . . .	219
b) Die Rechtswidrigkeit des Angriffs . . . . .	221
c) Die Gegenwärtigkeit des Angriffs . . . . .	222
3. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung . . . . .	224
a) Eingriff in Rechtsgüter des Angreifers . . . . .	225
b) Eignung zur Abwendung des Angriffs . . . . .	226
c) Mildestes Mittel zur Abwehr des Angriffs . . . . .	226
4. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts . . . . .	227
a) Allgemein geltende Einschränkungen des Notwehrrechts . . . . .	228
b) Spezielle Einschränkungen für besondere Notwehrlagen . . . . .	228
aa) Schuldlose Angriffe . . . . .	228
bb) Provozierte Angriffe . . . . .	229
cc) Angriffe innerhalb enger Lebensgemeinschaften . . . . .	230
5. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln . . . . .	231
II. Der Notwehrexzess . . . . .	233
1. Grundgedanke . . . . .	233
2. Der Anwendungsbereich der Regelung . . . . .	234

## **17. Kapitel. Rechtfertigender Notstand**

I. Der Aggressivnotstand . . . . .	236
1. Überblick . . . . .	236
2. Die Notstandslage . . . . .	236
a) Die Gefahr . . . . .	236
b) Die Gegenwärtigkeit der Gefahr . . . . .	237
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung . . . . .	238
a) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr . . . . .	238
b) Wesentliches Überwiegen der geschützten Interessen . . . . .	239
aa) Die in die Abwägung einzubeziehenden Interessen . . . . .	239
bb) Struktur und Gewichtung der abzuwägenden Interessen . . . . .	240
cc) Die stets geltende Opfergrenze . . . . .	240
c) Angemessenheit der Tat . . . . .	241
aa) Die Verbindlichkeit von Kompetenzen und Verfahren . . . . .	242
bb) Die Problematik des Nötigungsnotstands . . . . .	242

II. Der Defensivnotstand . . . . .	244
1. Die Notstandslage . . . . .	244
a) Die objektiv zurechenbare Gefahr . . . . .	244
b) Die Unmittelbarkeit der Gefahr . . . . .	245
2. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung . . . . .	246
a) Eingriff in Rechtsgüter des Verantwortlichen . . . . .	246
b) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr . . . . .	246
c) Kein wesentliches Überwiegen der beeinträchtigten Interessen . . . . .	247
d) Angemessenheit . . . . .	248
III. Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte . . . . .	249
1. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln? . . . . .	249
2. Die Notstandsprovokation . . . . .	250
3. Der Notstandsexzess . . . . .	250
<b>18. Kapitel. Die Schuldfähigkeit</b>	
I. Grundgedanke und gesetzliche Regelung . . . . .	252
1. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit . . . . .	252
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick . . . . .	252
a) Schuldunfähigkeit wegen fehlender Reife . . . . .	252
b) Schuldunfähigkeit wegen psychischer Störungen . . . . .	253
II. Die Regelung der §§ 20, 21 StGB . . . . .	253
1. Die Eingangsmerkmale . . . . .	253
2. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit . . . . .	255
a) Die Entstehung der heutigen gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit . . . . .	255
b) Die Untauglichkeit der gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit . . . . .	255
c) Die Schuldfähigkeit als Fähigkeit zu einem verständigen Entscheidungsprozess . . . . .	256
3. Die Feststellung der Schuldfähigkeit . . . . .	258
III. Die actio libera in causa . . . . .	259
1. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle . . . . .	259
2. Die Strafbarkeit der actio libera in causa bei den Erfolgsdelikten . . . . .	260
a) Der Einwand fehlender Kausalität . . . . .	260
b) Der Einwand fehlenden Verwirklichungsbewusstseins . . . . .	261
c) Ergebnis und Folgerungen . . . . .	262
<b>19. Kapitel. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht</b>	
I. Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB . . . . .	264
II. Der Begriff des Verbotsirrtums . . . . .	265
1. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins . . . . .	265
2. Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins . . . . .	265
3. Zweifel an der Rechtswidrigkeit . . . . .	266
4. Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt . . . . .	266
III. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums . . . . .	267
1. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens . . . . .	267
2. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte . . . . .	268

IV. Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung . . . . .	268
1. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung . . . . .	268
2. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte . . . . .	269

**20. Kapitel. Die Zumutbarkeit**

I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB) . . . . .	270
1. Der Grundgedanke der Regelung . . . . .	270
2. Die Notstandslage . . . . .	272
a) Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit . . . . .	272
b) Gegenwärtigkeit der Gefahr . . . . .	273
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung . . . . .	273
a) Die Person des Handelnden . . . . .	273
b) Sachliche Voraussetzungen . . . . .	274
4. Besondere Duldungspflichten . . . . .	274
a) Verursachung der Notstandslage . . . . .	274
b) Besonderes Rechtsverhältnis . . . . .	275
c) Sonstige Fälle . . . . .	276
5. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum . . . . .	276
a) Der subjektive Entschuldigungstatbestand . . . . .	276
b) Der Entschuldigungstatbestandsirrtum . . . . .	277
c) Der Entschuldigungsirrtum . . . . .	278
II. Weitere Entschuldigungsgründe? . . . . .	278
1. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter? . . . . .	279
a) Gewissensnot (Art. 4 GG) . . . . .	279
b) Sonstige Notlagen . . . . .	280
2. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen? . . . . .	281

**21. Kapitel. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen**

I. Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit . . . . .	283
II. Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale . . . . .	284
III. Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe . . . . .	287
IV. Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten . . . . .	288
1. Strafantrag . . . . .	288
2. Ermächtigung und Strafverlangen . . . . .	289
V. Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung . . . . .	289
1. Verfolgungsverjährung . . . . .	289
2. Vollstreckungsverjährung . . . . .	290
VI. Die (prozessuale) Abschichtung geringfügigen Unrechts . . . . .	291

**22. Kapitel. Das Unterlassungsdelikt**

I. Die Regelung des § 13 StGB . . . . .	295
II. Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten . . . . .	297
1. Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen . . . . .	297
2. Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen . . . . .	299
3. Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun . . . . .	301
III. Das Unterlassen der Erfolgsabwendung . . . . .	302
1. Der Begriff der Unterlassung . . . . .	302



2. Die Kausalität der Unterlassung . . . . .	303
3. Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung . . . . .	306
IV. Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung . . . . .	306
1. Überwachergaranten . . . . .	306
a) Aus einer gegenwärtigen Herrschaftsbefugnis resultierende Pflichten	306
b) Aus einem gefahr begründenden Vorverhalten resultierende Pflichten . . . . .	307
c) Übernahme einer Überwachungsfunktion . . . . .	311
2. Beschützergaranten . . . . .	312
a) Familiäre Verbundenheit . . . . .	312
b) Amtliche Schutzpflichten . . . . .	313
c) Übernahme einer Schutzfunktion . . . . .	314
V. Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts . . . . .	317
VI. Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts . . . . .	318
1. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung . . . . .	318
2. Rechtfertigender Notstand . . . . .	319
a) Der Regelfall des Defensivnotstands . . . . .	319
b) Der Ausnahmefall des Aggressivnotstands . . . . .	320
c) Die sogenannte Zumutbarkeit als Anwendungsfall des rechtfertigenden Notstands . . . . .	321
3. Die rechtfertigende Pflichtenkollision . . . . .	322
VII. Die Schuld des Unterlassungsdelikts . . . . .	323

**23. Kapitel. Versuch und Vorbereitung**

I. Der Versuch . . . . .	326
1. Der Strafgrund des Versuchs . . . . .	326
2. Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit . . . . .	328
a) Beschränkung auf bestimmte Delikte . . . . .	328
b) Fakultative Strafmilderung und Rücktrittsmöglichkeit . . . . .	329
c) Die Unternehmensdelikte . . . . .	330
3. Der Aufbau der Versuchsprüfung . . . . .	331
4. Die Voraussetzungen des Tatentschlusses . . . . .	332
a) Der Inhalt des Tatplans – Abgrenzung zum Wahndelikt . . . . .	332
b) Die Entschlossenheit zur Verwirklichung des Tatplans . . . . .	336
5. Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung . . . . .	336
a) Die Bestimmung des tatbestandlichen Verhaltens . . . . .	336
b) Die Unmittelbarkeit des Ansetzens . . . . .	341
II. Vorbereitung . . . . .	344
1. Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit . . . . .	344
2. Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit . . . . .	344

**24. Kapitel. Der Rücktritt vom Versuch**

I. Grundlagen . . . . .	348
1. Die Gründe der Straffreiheit . . . . .	348
2. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts . . . . .	350
II. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 1 StGB . . . . .	352

1. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	352
a) Unvollständigkeit der bisherigen Tatausführung (Abgrenzung zum beendeten Versuch)	353
aa) Maßgeblichkeit des einzelnen Ausführungsakts	353
bb) Maßgeblichkeit der Tätervorstellung	355
b) Möglichkeit weiterer Tatausführung (Abgrenzung zum fehlgeschlagenen Versuch)	356
c) Das Erfordernis eines endgültigen Aufgebens	358
d) Das Aufgeben beim Unterlassungsdelikt	358
2. Die Freiwilligkeit	359
a) Der Begriff der Freiwilligkeit	359
b) Freiwilliges Aufgeben der Tatausführung	361
c) Unfreiwilliges Aufgeben der Tatausführung	362
aa) Wesentlich erhöhte Kosten der Tat	362
bb) Entfallener oder wesentlich verminderter Nutzen der Tat	363
cc) Eintritt von Selbstbestimmungsunfähigkeit	364
3. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	365
III. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 2 und S. 2 StGB	366
1. Das systematische Verhältnis von § 24 I S. 1 Var. 2 und § 24 I S. 2 StGB	366
2. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung	366
a) Durch aktives Tun	366
b) Durch Unterlassen	369
3. Die Freiwilligkeit	371
IV. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	372
<b>25. Kapitel. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen</b>	
I. Überblick	375
II. Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	377
1. Die mittelbare Erfolgsverursachung	377
2. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	378
3. Besondere Pflichtenstellungen	379
4. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	379
III. Die Struktur der Mittäterschaft	380
1. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	380
2. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	381
a) Besondere Pflichtenstellungen	381
b) Subjektive Strafbarkeitsvoraussetzungen	382
3. Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	383
IV. Struktur und Funktion der Teilnahme	383
1. Akzessorietät und Strafgrund der Teilnahme	383
2. Besondere persönliche Merkmale	386
a) Die Systematik des § 28 StGB	386
aa) Strafbegründende Merkmale (§ 28 I StGB)	386
bb) Strafmodifizierende und -ausschließende Merkmale (§ 28 II StGB)	388
b) Der Begriff des besonderen persönlichen Merkmals	390

aa) Besondere Pflichtenstellungen . . . . .	390
bb) Besondere Beweggründe . . . . .	391

**26. Kapitel. Die Mittäterschaft**

I. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns . . . . .	395
1. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“) . . . . .	395
2. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten . . . . .	396
3. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung . . . . .	397
4. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen . . . . .	399
5. Die sukzessive Mittäterschaft . . . . .	400
II. Das erforderliche Maß der Beteiligung . . . . .	400
1. Die subjektive Täterlehre . . . . .	401
a) Die Dolustheorie . . . . .	401
b) Die Interessentheorie und die heutige Rechtsprechung . . . . .	402
2. Die Tatherrschaftslehre . . . . .	403
3. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit . . . . .	405
4. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit . . . . .	407
III. Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft . . . . .	409
IV. Mittäterschaft und Unterlassen . . . . .	409
1. Gemeinschaftliches Unterlassen . . . . .	409
2. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln . . . . .	410
3. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen . . . . .	410
V. Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung . . . . .	411

**27. Kapitel. Die mittelbare Täterschaft**

I. Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers . . . . .	414
II. Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug . . . . .	415
1. Die unterschiedlichen Irrtümer . . . . .	415
a) Das tatbestandliche Unrecht ausschließende Irrtümer . . . . .	415
b) Schuld- und strafzumessungsrelevante Irrtümer . . . . .	417
c) Sonstige Irrtümer . . . . .	418
2. Notwendigkeit einer Täuschung? . . . . .	419
3. Irrtümliche Selbstschädigung . . . . .	420
III. Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug . . . . .	421
1. Intensität des Zwangs . . . . .	422
a) Rechtfertigender Zwang . . . . .	422
b) Entschuldigender Zwang . . . . .	422
c) Sonstiger rechtswidriger Zwang . . . . .	422
2. Verantwortlichkeit für den Zwang . . . . .	423
3. Erzwungene Selbstschädigung . . . . .	424
IV. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug . . . . .	425
1. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit . . . . .	425
2. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife . . . . .	426
V. Werkzeuge ohne Willensmängel? . . . . .	427
1. Austauschbares Werkzeug? . . . . .	427
2. Ohne eine erforderliche Absicht handelndes Werkzeug? . . . . .	428
3. Ohne Täterqualifikation handelndes Werkzeug? . . . . .	429

VI. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft ..... 429  
VII. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen ..... 431

**28. Kapitel. Die Teilnahme**

I. Die teilnahmefähige Haupttat ..... 433  
1. Der Begriff der rechtswidrigen Tat ..... 433  
2. Der Begriff der vorsätzlichen Tat ..... 433  
a) Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen als Haupttat ..... 433  
b) Im Erlaubnistatbestandsirrtum begangene Haupttat ..... 434  
3. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat ..... 435  
II. Die Anstiftung ..... 437  
1. Das Verursachen des Tatentschlusses ..... 437  
a) Begriff und Feststellung der Kausalität ..... 437  
b) Die Identität des Tatentschlusses ..... 439  
2. Die Anstiftungshandlung ..... 440  
a) Der Rat zur Begehung der Tat ..... 440  
b) Bestimmtheit des erteilten Rates ..... 441  
c) Abweichung von dem erteilten Rat ..... 442  
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung ..... 443  
III. Die Beihilfe ..... 445  
1. Der Begriff des Hilfeleistens ..... 445  
2. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleisten ..... 448  
3. Besondere Formen der Hilfeleistung ..... 449  
a) Die psychische Beihilfe ..... 449  
b) Beihilfe durch Alltagshandlungen ..... 450  
c) Sukzessive Beihilfe ..... 452  
4. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe ..... 453  
5. Beihilfe durch Unterlassen ..... 454

**29. Kapitel. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten**

I. Versuchte mittelbare Täterschaft ..... 456  
II. Beteiligung am Versuch ..... 458  
1. Versuchte Mittäterschaft ..... 458  
a) Die versuchte Mittäterschaft als täterschaftliche Beteiligung am Versuch ..... 458  
b) Der Beginn des Versuchs der gemeinsamen Tat ..... 459  
c) Der Aufbau der versuchten Mittäterschaft ..... 461  
2. Die Teilnahme am Versuch ..... 461  
3. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB) ..... 462  
a) Der Ausschluss des Rücktritts durch Aufgeben der weiteren Tatausführung ..... 463  
b) Der Rücktritt bei einer vom Tatbeitrag unabhängigen Vervollendung .. 464  
c) Die Abgrenzung zu der Regelung des § 24 I StGB ..... 465  
III. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB) ..... 465  
1. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB ..... 465  
2. Die einzelnen Beteiligungshandlungen ..... 466  
a) Versuchte Anstiftung zum Verbrechen (§ 30 I und II Var. 2 StGB) .. 466

b) Verabredung eines Verbrechens (§ 30 II Var. 3 StGB) . . . . .	468
c) Bereiterklären zu einem Verbrechen (§ 30 II Var. 1 StGB) . . . . .	469
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB) . . . . .	471
<b>30. Kapitel. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)</b>	
I. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre . . . . .	473
II. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB . . . . .	474
1. Die Tatmehrheit . . . . .	474
2. Die Tateinheit . . . . .	475
3. Reformüberlegungen . . . . .	476
III. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit . . . . .	477
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne . . . . .	477
2. Tatbestandliche Handlungseinheit . . . . .	478
3. Natürliche Handlungseinheit . . . . .	480
a) Bei mehrmaliger Verwirklichung des gleichen Tatbestands . . . . .	480
b) Bei Verwirklichung unterschiedlicher Tatbestände . . . . .	480
c) Zwischen Handeln und Unterlassen . . . . .	481
4. Die fortgesetzte Tat . . . . .	482
IV. Hinweise für die Fallbearbeitung . . . . .	482
<b>31. Kapitel. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)</b>	
I. Grundgedanke und Überblick . . . . .	484
II. Die Funktionen der Gesetzeseinheit . . . . .	484
III. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit . . . . .	485
1. Die Spezialität . . . . .	485
2. Die Subsidiarität . . . . .	487
3. Die Konsumtion . . . . .	489
4. Die gleichartige Gesetzeseinheit . . . . .	492
Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata . . . . .	495
Verzeichnis der Aufbauschemata . . . . .	496
Sachverzeichnis . . . . .	497